

**Bericht des Amtsdirektors zur Sitzung des  
Amtsausschusses am 14. November 2022**

- Die Nachricht über ein **Jahresdefizit der imland gGmbH** in Höhe von 46 bzw. 40 Mio. € ist erschreckend. Für die Gemeinden unseres Amtes muss ich feststellen, dass sie nicht in der Lage wären, ein solches jährliches Defizit mitzutragen. Die geplante Kreisumlage 2023 in Höhe von 29% entspricht einem Aufkommen in Höhe von 119,5 Mio. €, von dem unsere Gemeinden 8,1 Mio. € tragen. 46 Mio € entsprechen 11% Kreisumlage und einem Anteil unserer Gemeinden in Höhe von gut 3,1 Mio. €. Für eine 1.000-Einwohner-Gemeinde wären dies rund 165.000,00 € mehr. Nun kann sich jede Gemeinde ihren Anteil grob ausrechnen und bei den anstehenden Haushaltsberatungen einmal (theoretisch) mitdenken. Auch die Hälfte der Summe ist jährlich wiederkehrend bei weitem nicht darstellbar und würde die Gemeinden finanziell erdrücken. Der Gemeindegtag hat den Kreis daher Anfang November darauf hingewiesen, dass die Gemeinden bei der derzeitigen Aufstellung der Haushalte für 2023 auf eine unveränderte Kreisumlage vertrauen. Unabhängig davon wird davon ausgegangen, dass der Kreistag auch in diesem extrem schwierigen und komplexen Themenfeld unter Einbindung des Gemeindegtages gut abgewogene und sachlich nachvollziehbare Entscheidungen trifft.
- Nachdem Gemeindevertretungen und bürgerliche Mitglieder sich am vergangenen Dienstag bei einer Veranstaltung über die Gründung eines gemeindlichen **Erneuerbaren-Energien-Unternehmens** informieren konnten, laufen derzeit in fast allen Gemeinden diesbezügliche Beratungen. Nach steuer- und unternehmensrechtlicher Empfehlung ist auch das Amt mit einem geringen Anteil als Gesellschafter angedacht. Dies hätte den Vorteil, dass das Amt geschäftsführend für die GmbH & Co.KG tätig werden kann. Nachdem ein Meinungsbild in den Gemeinden absehbar ist und weitere Rahmenbedingungen geklärt sind, wäre Anfang kommenden Jahres jeweils eine Sitzung des Haupt- und des Amtsausschusses erforderlich.
- Die **hausärztliche Versorgung** ist laut einer Studie des Kreises RD-ECK isoliert für das Amtsgebiet betrachtet nur zur Hälfte sichergestellt. Rechnerischen Hausarztsollzahlen von 11,8 stehen nur 6 Hausarztstellen (VZÄ) gegenüber. Allerdings ist die Stadt Eckernförde bei einer Sollzahl von 13,4 Stellen mit 25,25 Stellen deutlich besser ausgestattet, so dass es zu einem gewissen Ausgleich kommt.
- Herr Hofmann von der Unfallkasse Nord hat die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in der vergangenen Woche über **Arbeitsschutz** informiert.
- Die mündliche Verhandlung der **Verfassungsbeschwerde gegen das Finanzausgleichsgesetz** findet am 02. Dezember statt.
- Am 08. Dezember heulen um 11.00 Uhr die Sirenen zum bundesweiten Warntag. Weitere Informationen sind hier erhältlich:  
<https://warnung-der-bevoelkerung.de/serviceportal/>
- Hierzu passen der Einbau einer Dusche im OG und die Aufstellung eines Wasserspenders im Foyer des Amtsgebäudes. Nachdem die Abschnittsführungsstelle bereits vor Jahren im Erdgeschoss eingerichtet und eine Notstromeinspeisung mit einem Notstromaggregat gesichert wurde, sorgen jetzt (für den nicht wünschenswerten Krisen- oder Katastrophenfall) auch eine **Dusche und eine Trinkwasserversorgung** für zusätzliche Unabhängigkeit. Außerdem steht beides auch dem Kollegium und der Trinkwasserspender für Kundschaft und Besprechungen/Sitzungen zur Verfügung.

Insgesamt also nachhaltige Maßnahmen für Kundschaft, Ehrenamt und Personal im Bereich des Krisen- und Gesundheitsmanagements.

- Der Bundestag hat am Donnerstag das **Wohngeld-Plus-Gesetz** beschlossen, welches zum 01.01.2023 in Kraft treten wird. Dadurch soll sich die Zahl der Haushalte, die Wohngeld beziehen, von 620.000 auf ca. 2 Mio. Personen erhöhen. Die Kommunen (Gemeinde- und Amtsverwaltungen) haben das Gesetz auszuführen. Damit wir möglichst nicht in die belastende Situation kommen, berechtigten Ansprüchen monatelang nicht nachkommen zu können, muss im kommenden Jahr eine neue Stelle im Sozialamt besetzt werden. Damit sich Bürgerinnen und Bürger selbst ein Bild über einen Wohngeldanspruch machen können, beabsichtigen wir, auf der Amtshomepage auf einen einfach zu bedienenden Wohngeldrechner zu verlinken.
- Derzeit findet bis Ende des Jahres eine **überörtliche Prüfung** u.a. der Haushaltsführung und der sonstigen Verwaltungstätigkeit des Amtes durch das Gemeindeprüfungsamt statt.
- Zu den unterschiedlichen **Krisen** (bspw. Ukraine, Flüchtlinge, Energie, Corona) und den Versuchen, diese zu beherrschen gibt es tagtäglich unzählige Informationen. Ich belasse es daher dabei, allgemein darauf hinzuweisen, dass auch die Amtsverwaltung in den unterschiedlichen Bereichen intensiv mitwirkt. Die damit zusammenhängenden Material- und Personalengpässe sowie steigenden Preise beschäftigen uns bereits; sie werden sich in den kommenden Jahren sicherlich noch verstärkt auf unsere Gemeinden auswirken.
- Seit März 2022 sind im Amtsgebiet 276 **Flüchtlinge** aus der Ukraine angekommen. 170 dieser Flüchtlinge wurden in Unterkünften des Amtes untergebracht. Hierfür hat das Amt Schlei-Ostsee verteilt im gesamten Amtsgebiet 35 Unterkünfte angemietet. Zurzeit befinden sich in diesen Unterkünften 119 Personen. Im Augenblick verfügen wir für Ukraine Flüchtlinge noch über eine Kapazität für 22 Personen. Zusätzlich steht das „Weiße Haus“ der Firma DampfSoft als vorübergehende Unterkunft für bis zu 30 Personen zur Verfügung. Weiterhin hat das Amt im Jahr 2022 bisher 29 Flüchtlinge aus anderen Herkunftsländern aufgenommen und in 21 zur Verfügung stehenden Unterkünften untergebracht. Zurzeit befinden sich 120 Flüchtlinge aus anderen Herkunftsländern in den Unterkünften des Amtes. Hier haben wir noch eine Kapazität für 23 Personen. Das Land rechnet für Schleswig-Holstein bis Ende März 2023 mit zusätzlichen 20.000 Flüchtlingen aus der Ukraine. Das bedeutet für das Amt Schlei-Ostsee zusätzlich 150 Personen. Für Flüchtlinge aus anderen Herkunftsländern ist 2023 mit ca. 50 Personen zu rechnen, sodass in 2023 insgesamt mit zusätzlichen 200 Flüchtlingen gerechnet. Wir versuchen daher weiterhin Wohnraum für die Unterbringung von Flüchtlingen anzumieten.

Gunnar Bock